



Presseschau vom 27.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Fars: Terroristen beschießen Regierungstruppen mit US-Raketen in Ost-Ghuta

Während führende Diplomaten der Welt versuchen, für das syrische Ost-Ghuta eine haltbare Vereinbarung zu Feuerpausen und humanitären Korridoren auszuhandeln, nehmen Terrorgruppen die regierungstreuen Einheiten unter massiven Beschuss. Vor allem werden dabei US-Panzerabwehrraketen eingesetzt, berichtet das Nachrichtenportal Farsnews. Laut dem Nachrichtenportal wurden regierungstreue Kämpfer an den Zugängen zu Ost-Ghuta unter massiven Beschuss seitens der Terroristen genommen.

Eingesetzt würden hierfür die sogenannten TOW-Missiles. Hierbei handelt es sich um moderne US-amerikanische Panzerabwehrwaffen.

Der Eingriff könne dabei als gezielte Provokation gewertet werden, um die laufenden Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat zu sabotieren und die Situation zu eskalieren.

Eskalation in Ost-Ghuta

Die Situation in Ost-Ghuta geriet zuletzt in die Schlagzeilen internationaler Medien, da die Lage dort massiv eskalierte.

Verschiedene Vororte von Damaskus wurden innerhalb kürzester Zeit mit Hunderten Mienen aus dem von Terroristen und von „illegalen bewaffneten Verbänden“, wie einige Gruppierungen vom russischen Verteidigungsministerium klassifiziert werden, kontrollierten Gebiet beschossen.

Dabei geriet auch das Russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien unter

Beschuss.

Syrische Regierungstruppen und regierungstreue Verbände begannen gleichzeitig eine großangelegte Offensive, um das Gebiet der Kontrolle der Terrorverbände zu entreißen. Unterstützt werden sie dabei von syrischer und russischer Luftwaffe. Zuletzt verlegte Russland sogar modernste Kampffjets der 5. Generation Su-57 nach Syrien.

Beide Seiten werfen sich dabei vor, hohe Verluste unter Zivilisten in Kauf zu nehmen. Um die Verantwortung für die Opfer unter der zivilen Bevölkerung ist unterdessen ein Informationskrieg entbrannt.

Auch im deutschen Bundestag wurde über die Situation in Ost-Ghuta debattiert, wobei Vertreter der CDU und SPD vor allem Russland für die Situation verantwortlich machten. Vertreter der Linken wiesen diese Anschuldigungen als einseitig und unreflektiert zurück. Maßgeblich sei die "Regime-Change-Politik der Nato-Staaten" für die Konflikte im Irak, in Libyen und vor allem in Syrien verantwortlich.

Zuletzt hatte eine russische Initiative im UN-Sicherheitsrat den Zivilisten in Ost-Ghuta eine Verschnaufpause von den Kämpfen gewährt.

„Vorgestern hat der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2401 vereinbart. Entsprechend dem Auftrag des russischen Präsidenten (Wladimir Putin) wird ab dem 27. Februar, das heißt ab morgen, eine tägliche humanitäre Pause von 9 bis 14 Uhr eingeführt, um Opfer unter der zivilen Bevölkerung von Ost-Ghuta zu vermeiden“, erklärte in diesem Zusammenhang der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu am Montag.

Auch solle ein „humanitärer Korridor“ eröffnet werden, damit Zivilisten das gefährliche Gebiet verlassen könnten.

Dnr-online.ru: Heute um 19:00 haben die ukrainischen Truppen das Feuer auf Dokutschajewsk eröffnet. Dieses Mal hat der Gegner Schützenpanzer (60 Schüsse), automatische Granatwerfer (29 Schüsse) verwendet“, teilte die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mit.

Es wurde aus Richtung Nowotroizkoje geschossen, beschädigt wurden: Lenin-Straße 108, Wohnung 51 (Loggia und Verglasung beschädigt); Lenin-Straße 108, Wohnung 64 (die Verglasung des Balkons beschädigt).

de.sputniknews.com: Gespräch mit Gabriel: Lawrow fordert von US-Koalition Erfüllung der Syrien-Resolution

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Montag bei einem Telefonat mit seinem deutschen Amtskollegen, dem stellvertretenden Bundeskanzler Siegmund Gabriel, die Lage in Syrien erörtert.

Während des Gesprächs informierte Lawrow über Schritte, die Russland unternimmt, um zur Lösung der humanitären Probleme in Ost-Ghuta beizutragen, wie das Außenministerium in Moskau mitteilte.

Darüber hinaus rief der russische Außenminister die Teilnehmerstaaten der US-geführten Koalition dazu auf, ebensolche Handlungen vorzunehmen, um die Erfüllung der Uno-Resolution 2401 auf dem gesamten Territorium Syriens, einschließlich der Gebiete von al-Tanf, des Flüchtlingslagers al-Rubkan und von Raqqa zu sichern.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte am Samstag die Resolution 2401 verabschiedet, die die Konfliktseiten auffordert, „unverzüglich die Zusammenstöße einzustellen“ und eine humanitäre Pause für einen Zeitraum von mindestens 30 aufeinanderfolgenden Tagen auf dem gesamten Territorium Syriens zu gewährleisten, um humanitären Helfern Zugang zu belagerten Gebieten zu verschaffen und UN-Helfern sowie deren Partnern zu ermöglichen, Schwerkranke und Verletzte in Sicherheit zu bringen.

Vormittags:

de.sputniknews.com: USA warnen: Neue Russland-Sanktionen in nächsten 30 Tagen
Neue Sanktionen gegen Russland können laut dem US-Finanzminister Steven Mnuchin in den nächsten 30 Tagen verhängt werden. Diese Aussagen zitierte eine Reporterin der Nachrichtenagentur Bloomberg in ihrem Twitter-Account.

„Sie können erwarten, dass in den nächsten 30 Tagen Sanktionen eingeführt werden“, zitiert die Bloomberg-Reporterin Saleha Mohsin die Aussagen des US-Finanzministers Steven Mnuchin. „Wir vollstrecken alle existierenden Sanktionen und verhängen neue“, sagte er weiter.

Steven Mnuchin hatte Mitte Februar bei der Sitzung eines Senatsausschusses erklärt, dass die Trump-Regierung schon bald neue Sanktionen gegen Russland einführen werde.

Das US-Finanzministerium hatte zuvor den sogenannten „Kreml-Bericht“ veröffentlicht. Darin sind 114 russische Politiker sowie Beamte und 96 Geschäftsleute erwähnt. Medien hatten berichtet, dass die Liste keine sofortigen Sanktionen gegen diese Personen vorsehe, aber ihre künftige Verhängung bedeuten könne.

Russlands Präsident Wladimir Putin nannte den Bericht einen „unfreundlichen Akt“, der den ohnehin in einer schwierigen Lage befindlichen russisch-amerikanischen Beziehungen schade. Moskau werde jedoch von Gegenmaßnahmen absehen und die Entwicklung der Situation verfolgen, betonte der russische Präsident.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Kalinowo, Kalinowka, Dolgoje und Kalinowo-Bortschtschewatoje..

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: Israel startet massenhafte Ausweisung der Ukrainer – Medien

Die israelischen Behörden haben laut dem ukrainischen Portal „Vesti“ begonnen, Bürger der Ukraine im Schnellverfahren auszuweisen.

Laut dem Portal haben die israelischen Behörden die Ukraine als sicheres Land eingestuft, in dem es keine Militärhandlungen gebe. Darüber hinaus sei festgestellt worden, dass unter den Asylbewerbern viele Namensbetrüger seien.

Das Portal betont, die Ukrainer seien zuvor als Touristen und Pilger in Israel eingereist und hätten dort illegal gearbeitet. Nun werden demnach viele einreisende Personen direkt bei der Passkontrolle zurückgewiesen.

„Israelische Grenzbeamte hatten zuvor als nörgeligste gegolten, nun wurden sie noch strikter, besonders in Bezug auf Menschen, die in der Sowjetunion geboren wurden“, so der israelische Journalist Igor Wederstein gegenüber „Vesti“.

Der Journalist verwies dabei auf die Angaben des Innenministeriums, laut denen sich im Jahre 2017 70.000 illegale Einwanderer aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion in Israel aufgehalten hätten, darunter Dutzende tausend Ukrainer.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31234/31/312343126.jpg>

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **16 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **11 Ortschaften der Republik** mit Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Antipanzerlenkraketen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In der Folge der der Beschüsse wurden sieben Häuser in der Lenin-Straße 84 in Dokuschajewsk; in der Pionerskaja-Straße 2, 4, 5, 6,7 und der Lenin-Straße 108; Wohnung 51 und 64 beschädigt.

de.sputniknews.com: Humanitärer Korridor in Ost-Ghuta unter Beschuss – Zivilisten blockiert

Militante beschießen den humanitären Korridor im Vorort von Damaskus, sodass die Zivilisten in Ost-Ghuta das umkämpfte syrische Gebiet nicht verlassen können. Das teilte der Chef der Kontrollzone 3 in Ost-Ghuta, General Viktor Pankow, am Dienstag mit.

„Am 27. Februar um neun Uhr morgens wurde der humanitäre Korridor für die Zivilisten geöffnet, um sie aus der Deeskalationszone herauszuführen. Derzeit wird die Zone aktiv von Militanten beschossen und kein einzelner Zivilist hat die Zone verlassen“, so Pankow.

Die syrischen Regierungskräfte haben bei der Unterstützung des russischen Versöhnungszentrums für Syrien Vorbedingungen für die Aufnahme der Zivilbevölkerung festgelegt. Die Zivilisten sollen das gefährliche Gebiet über den einzigen humanitären Korridor verlassen, der Damaskus mit Ost-Ghuta verbindet. Für die Sicherheit des Korridors sorgen die russische Militärpolizei und die syrischen Regierungssoldaten.

Am vergangenen Montag verkündete Russland eine tägliche Feuerpause in Ost-Ghuta von 9 bis 14 Uhr Ortszeit. In dieser Zeit stellten die syrischen Regierungstruppen den Beschuss der Terroristen ein.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 16.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.). In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Dolomitnoje, Werchnetorezkoje Nisheje), Donezker Flughafen (Shabitschewo, Losowoje, Volvo-Zentrum), Donezk (Starmichajlowka, Abakumow-Bergwerk), Dokutschajewsk, Styla, Kominternowo, Nowolaspa.. Gestern wurden in der Folge von mehrfach Beschüssen von Dokutschajewsk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte folgende Wohnhäuser beschädigt:
Lenin-Straße 84 Wohnung 22, 108 Wohnung 51, 64, 75b Wohnung11;
Pionerskaja-Straße 2, 4, 5, 6, 7,;
Direkter Treffer auf ein Fahrzeug, das dem städtischen Bäckereikombinat gehört.
Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 353.
In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 277.
Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Pyrotechnik, Parolen, rote Farbe: Aktivisten-Demo vor russischem Konsulat in Odessa

Ukrainische Aktivisten haben bei einer Demo den Zaun des russischen Konsulats in der Schwarzmeerstadt Odessa mit roter Farbe übergossen. Dies berichtete die Lokal-Zeitung „Dumskaja“.

Die Protestaktion fand demnach am Montag statt. Die Demonstranten, die unter anderem die Organisationen wie „Samooborona Maidana“ (dt.: „Selbstverteidigung von Maidan“) und „Wilny Ljudy“ („Freie Menschen“) vertreten haben sollen, forderten, die sogenannten „okkupierten Gebiete der Ukraine“ (so wird im Lande die zu Russland beigetretene Halbinsel Krim bezeichnet — Anm. d. Red.) zu befreien.

Die Protestierenden zündeten Bengalisches Feuer und sangen die Nationalhymne der Ukraine. Die Hülsen von den Pyrotechnischen Mitteln warfen sie über den Zaun auf das Gelände des Konsulats.

Das Gebäude des russischen Konsulats wurde dabei von 50 Beamten der Nationalgarde und der Polizei bewacht.

Vor anderthalb Wochen hatten ukrainische Extremisten mehrere russische Institutionen in Kiew überfallen, darunter das Russische Zentrum für Wissenschaft und Kultur (die Vertretung der russischen Föderalen Agentur für Angelegenheiten der GUS, für Fragen der im Ausland lebenden Mitbürger und für internationale humanitäre Zusammenarbeit). Die Radikalen drangen in das Gebäude ein und verursachten einen erheblichen Sachschaden...

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/8hY21vU8HpI" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/8hY21vU8HpI>

Dan-news.info: Offizielle Erklärung des Innenministeriums der DVR über die Unterbindung krimineller Aktivitäten von Funktionsträgern des Kohle- und Energieministeriums
Im Verlauf der Durchführung von Maßnahmen zur Verhütung von Korruptionsfällen in den höheren Ebenen der Staatsorgane wurden vom Innenministerium, dem Staatssicherheitsministerium, dem Ministerium für Einnahmen und Abgaben und der Generalstaatsanwaltschaft der DVR gemeinsame Maßnahmen zur Unterbindung krimineller Aktivitäten einer Reihe von hochgestellten Funktionsträgern des Kohle- und

Energieministeriums der DVR durchgeführt, die ihre Funktionen benutzten, um Diebstahl von Geldmitteln staatlicher Unternehmen, die zum Ministerium gehören, in besonders großem Ausmaß betrieben und der Republik besonders großen Schaden zugefügt haben.

Während der Durchführung von operativen Ermittlungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass der Kohle- und Energieminister der DVR E.I. Golenko zur ungesetzlichen persönlichen Bereicherung eine organisierte kriminelle Gruppe geschaffen hatte, deren Mitglieder unter dem Anschein von Materiallieferungen und Dienstleistungen in staatlichen Unternehmen, die vom Kohle- und Energieministerium der DVR kontrolliert werden, Finanzmittel unterschlagen haben.

Im Zeitraum vom Januar 2017 bis heute haben die Mitglieder der organisierten kriminellen Gruppe Finanzmittel von staatlichen Unternehmen, die vom Kohle- und Energieministerium kontrolliert werden, in einer Summe von mehr als 100 Mio. Rubel gestohlen.

In dem Fällen von Diebstahl in besonders großem Umfang wurde vom Innenministerium der DVR gegen die Mitglieder der organisierten kriminellen Gruppe eine Reihe von Strafverfahren eingeleitet.

In der Folge der Durchführung einer Spezialoperation wurden 22 Beamte verschiedener Ebenen festgenommen, 17 von ihnen wurden in Untersuchungshaft genommen.

Es wird ein weiterer Maßnahmenkomplex zur Entlarvung von Beteiligten, zur Feststellung aller Aktivitäten der organisierten kriminellen Gruppe und der an ihr beteiligten Personen durchgeführt.

de.sputniknews.com: Mord an russischem Kameramann bei Donezk: Ukrainischer Offizier beschuldigt

Russlands Ermittlungskomitee hat laut der Sprecherin Swetlana Petrenko den Oberstleutnanten der ukrainischen Armee, Nikolaj Malomen, der Planung des Mordes an dem russischen Journalisten Anatoli Kljan beschuldigt, der 2014 bei einem Beschuss durch die ukrainische Armee bei Donezk ums Leben gekommen war.

Malomen war demnach damals Kommandeur der Division des Donezker Fla-Raketen-Regiments des Luftkommandos „Zentr“ („Zentrum“). Im Jahr 2014 habe er befohlen, das Feuer gegen einen Bus mit Soldatenmüttern zu eröffnen, in dem sich auch der Kameramann des russischen TV-Senders „Erster Kanal“ befunden hat. Kljan ist dabei verletzt worden und schließlich im Krankenwagen gestorben.

Der Oberstleutnant wurde beschuldigt, „den Mord an einer Person im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer offiziellen Tätigkeit organisiert zu haben, der in einer allgemein gefährlichen Art und Weise von einer Gruppe von Personen in vorbereitender Verschwörung vollzogen wurde, die auf politischem Hass beruhte“.

Laut der Ermittlungsversion kam in der Nacht auf den 30. Juni 2014 der Bus mit den Soldatenmüttern zum Kontrollpunkt der Militäreinheit. Sie wollten sich demnach darauf einigen, ihre Söhne, die nicht im Krieg kämpfen wollten, mitzubringen. Zusammen mit den Frauen befanden sich im Bus auch Journalisten der russischen und ukrainischen TV-Sender, darunter Anatoli Kljan.

Malomen soll zwei Mal befohlen haben, das Feuer zu eröffnen, obwohl er wusste, dass sich im Bus nur unbewaffnete Zivilisten befanden. Ukrainische Militärs sollen den Bus mit den Sturmgewehren AK-74 beschossen haben.

Seit Beginn des bewaffneten Konflikts in der Ost-Ukraine sind durch Beschuss der ukrainischen Streitkräfte vier russische Journalisten ums Leben gekommen: der Journalist Igor Korneljuk und sein Tontechniker Anton Woloschin vom Nachrichtensender Rossija 24, der Fotograf Andrej Stenin sowie der TV-Kameramann Anatoli Kljan.

Die Behörden der Ukraine hatten im April 2014 eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem nationalistischen Umsturz im Februar 2014 in Kiew ihre Unabhängigkeit erklärt hatten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31972/45/319724512.jpg>

Dan-news.info: „Gestern gegen 20:00 Uhr haben ukrainische Truppen Trudowskije beschossen. Es wurden Treffer in der Mark-Osernyj-Straße 68 festgestellt. Dort geriet das Dach eines Hauses in Brand und Fensterscheiben wurden zerstört“, teilte der Leiter der Verwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

nachmittags:

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner die **Feueraktivität in allen Richtung aufrechterhalten**, dabei hat er in Verletzung der Minsker Vereinbarungen aktiv schwere Waffen verwendet. Es wurde die Verwendung von Artillerie des Kalibers 152 und 122mm sowie von Mörsern verschiedenen Kalibers durch die ukrainischen Besatzer festgestellt. **In Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **Staromichajlowka, Dokutschajewsk, Losowoje, Nowolaspas, Styla, Shabitschewo sowie den Petrowskij-Bezirk von Donezk, das Abakumow-Bergwerk und die Umgebung des Flughafens** zwei Artillerieschosse des Kalibers 152mm und zwei des Kalibers 122mm, 54 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Die ukrainischen Besatzer haben wieder ihre Anstrengungen auf die Vernichtung ziviler Objekte konzentriert. Die Kriegsverbrecher aus der 93. mechanisierten Brigade unter Kommando von Klotschkow beschießen täglich am hellen Tag ohne zu fürchten, von den OSZE-Beobachtern bemerkt zu werden, Dokutschajewsk.

Gestern wählten die Besatzer als **Angriffsobjekt ein ziviles Fahrzeug** der Marke „Gasel“, das dem Dokutschajewsker Bäckereikombinat gehört. Den Fahrer, der den friedlichen Einwohnern der Stadt Brot brachte, rettete vor dem Tod nur, dass er zum Zeitpunkt des Beschusses unterwegs war. Die ukrainischen Kriegsverbrecher der 93. Brigade beschossen

den **Brotwagen** zweimal, um das zivile Fahrzeug, wie man sagt, gewiss zu vernichten. Das in der Praxis erarbeitete Szenario des Beschusses des Sanitätsfahrzeugs am 22. Februar wiederholte sich. Danach beschoss der Gegner ein Wohngebiet der Stadt mit 120mm-Mörsergeschossen.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-02/thumbs/1519724442_screenshot_22.png

In der Folge des Beschusses von Dokutschajewsk wurden sieben Häuser beschädigt: Pionerskaja-Straße 2, 4, 5, 6, 7, 10 und Engels-Straße 3, sowie drei Wohnungen in zwei mehrstöckigen Häusern in der Lenin-Straße. Durch glücklichen Zufall gab es diesmal keine Opfer unter den friedlichen Einwohnern.

In Richtung Mariupol schoss der Gegner 18 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm ab und hat beim Beschuss von **Kominternowo** intensiv Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner auf die Gebiete von Werchnetorezikoje Nishneje und Dolomitnoje 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurde mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **16 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Der Ausbau von Angriffsgruppierungen des Gegners geht weiter. Insbesondere wurde in Richtung Donezk die Ankunft einer Gruppe von Soldaten der 56. Panzergrenadierbrigade zur Durchführung von vorbereitenden Maßnahmen und zur Gewährleistung der Stationierung der grundlegenden Einheiten des Verbandes, die für die Verstärkung der 57.

Panzergrenadierbrigade nordwestlich von Donezk vorgesehen sind, bemerkt.

Gestern ist eine Erkundungsgruppe, zu der Offiziere des Stabs der sogenannten „ATO“ und der 56. Panzergrenadierbrigade gehörten, mit der Kolonne auf Minenfelder der 57. Brigade nicht weit von Peski gefahren. In der Folge einer Detonation wurde ein Fahrzeug vernichtet und zwei weitere beschädigt, mindestens drei Soldaten starben, es gab Verletzte.

de.sputniknews.com: Sieben sowjetische Entwicklungen, die ihrer Zeit voraus waren
Sowjetische Designer entwickelten einst Dinge, die keineswegs schlechter als westliche Projekte waren. Zu diesem Zweck wurde in Moskau im Jahr 1962 das so genannte Forschungsinstitut für technische Ästhetik gegründet. Sputnik zeigt in dieser Fotostrecke einige Errungenschaften sowjetischer Konstrukteure: Klicken Sie sich durch!

<https://de.sputniknews.com/bilder/20180227319711137-sowjetunion-ultramoderne-technologien/>

Dan-news.info: Die Behörden der DVR planen, die am 14. Februar durch das Feuer der ukrainischen Streitkräfte beschädigten Schulen in Dokutschajewsk bis zum 8. März wiederaufzubauen. Dies teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit.

„Probleme mit Baumaterialien gibt es derzeit nicht, deshalb wurden sofort Maßnahmen zur Wärmedämmung in den Schulen ergriffen. Die Wiederaufbauarbeiten werden in der nächsten Zeit beginnen. Es ist geplant, sie bis zum 8. März abzuschließen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Das Ministerium erläuterte, dass beim Beschuss von Dokutschajewsk von Seiten der ukrainischen Streitkräfte das Gebäude der Schule Nr. 3, des Internats Nr. 27 beschädigt wurden: teilweise sind Fensterscheiben und Verputz in den Fluren beschädigt. Für den Wiederaufbau werden auf Erlass des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko etwa 110.000 Rubel zur Verfügung gestellt.

de.sputniknews.com: Skandal in estnischer Armee: Soldaten boykottieren Marschlied über Russen-Mord

Soldaten einer estnischen Armeeeinheit haben sich geweigert, das Lied der sogenannten Waldbrüder als Marschlied zu singen. In diesem Lied werden Soldaten aufgerufen, Russen zu töten. Das berichtet Sputnik Estland am Dienstag unter Berufung auf den Chef des Zentrums für Menschenrechte „Kitezh“, Mstislaw Russakow.

Zu dem Vorfall ist es in der Stadt Tapa gekommen, die etwa 80 Kilometer südöstlich von Tallinn liegt. Das Menschenrechtszentrum „Kitezh“ wandte sich bereits an das estnische Verteidigungsministerium sowie an andere zuständige Behörden und fragte an, ob diese Information der Wahrheit entspricht und ob solche Worte in einem Marschlied rechtmäßig wären.

Das Lied habe Empörung bei den russischsprachigen Soldaten hervorgerufen und auch die ethnischen Esten staunen lassen, wie Russakow gegenüber dem estnischen Nachrichtenportal „Delfi“ mitteilte.

Der Generalstab der estnischen Streitkräfte hat die Angaben über die Aufführung eines Liedes, in dem es um Mord an Russen geht, dementiert. Marschlieder würden von der Leitung der Armeeabteilung bestätigt. Es sei unmöglich, dass solch ein Lied bestätigt worden sei, zitiert die Zeitung aus der Pressemitteilung des Generalstabs.

„Waldbrüder“ ist eine inoffizielle Bezeichnung für nationalistische Gruppierungen, die während des Zweiten Weltkrieges in Lettland, Litauen und Estland gegen die Sowjetmacht kämpften.

Av-zakharchenko.su: Heute, am 27. Februar fand in Donezk eine Arbeitssitzung mit den Leitern der Städte und Bezirke der Republik unter Leitung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko durch. Hauptthemen des Treffens waren die Heizperiode und die Vorbereitung der Städte auf die Frühjahrs- und Sommerzeit.

Der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Sergej Naumez berichtete über den Verlauf der Heizperiode. Die Heizsaison verläuft normal. In der gesamten Republik sind 1135 Heizwerke in Betrieb, die 12.238 Wohnhäuser und 1209 soziale Objekte mit Heizwärme versorgen. In der Rechenschaftsperiode wurden etwa 8000 Stunden Ausfall festgestellt, Hauptursache sind Störungen der Stromversorgung

Sergej Naumez teilte mit, dass die Abnutzung der Netze in der Republik 80% überschreitet. Und bei der Vorbereitung der Städte auf die nächste Heizperiode, die bereits im April beginnt, ist dieser Faktor zu berücksichtigen. Die Reparaturen an Heizleitungen müssen die Stadtverwaltungen unter verstärkter Kontrolle nehmen. Außerdem müssen in kurzer Zeit

Listen für die Materialien für Reparaturen erstellt werden. In der Vorbereitungszeit ist die Reparatur von 150km Leitungen geplant.

Außerdem wird in den Städten die Arbeit zur Inventarisierung der herrenlosen Infrastruktur fortgesetzt. Bis heute wurden von einer Spezialkomitee 896 km Wasserleitung und 35km Heizleitung gefunden. Diese Arbeit wird bis zum 1. April verlängert.

Außerdem wird im Frühjahr gemäß einem Erlass des Oberhauptes der DVR damit begonnen, die Städte und Bezirke des Landes in Ordnung zu bringen. Eine Zweimonatsperiode vom 12. März bis zum 7. Mai wird drei gesamtrepublikanische Subbotniks beinhalten: am 24. März, 21. April und 5. Mai.

Hauptaufgaben dieser Maßnahmen: 317 Massengräber und 259 Denkmäler, die sich auf dem Territorium der DVR befinden, müssen einschließlich ihrer Umgebung in einen ordentlichen Zustand gebracht werden, Haltestellen, Kinderspielflächen und Erholungszonen, Parks und Gewässer müssen in Ordnung gebracht werden, nicht genehmigte Müllkippen beseitigt werden.

„Arbeit gibt es wie in den vorherigen Jahren viel. Das sind unsere Städte, unsere Straßen, deshalb ist die allgemeine Aufgabe, sie sauber und schön zu machen. Das Tempo der Jahre 2016-2017 darf nicht nachlassen. Alle Ressourcen müssen herangezogen werden, damit die Ortschaften bis zu den staatlichen Maifeiertagen in Ordnung sind“, sagte das Oberhaupt. Außerdem wurden auf der Versammlung Fragen der Zusammenarbeit der Stadtverwaltung und der Militärkommissariate besprochen. Alexandr Sachartschenko erinnerte daran, dass der Krieg nicht vorbei ist und die Städte vollständig auf Mobilisierungsmaßnahmen der Bevölkerung vorbereitet und vor allem die Schutzräume vollständig in Ordnung sein müssen. Außerdem wurde eine problematische Frage vieler Städte aufgeworfen – die Funktion der Friedhöfe. Dem Direktor des staatlichen Unternehmens „Ritual“ wurde der Auftrag erteilt, zusätzliche Versammlungen mit den Bürgermeistern zur Frage der Übernahme der Friedhöfe in kommunales Eigentum und zu den Kosten von Begräbnissen durchzuführen. Im Ganzen bewertete Alexandr Sachartschenko die Arbeiten der Leiter von Städten und Bezirken mit einer „3+“, wobei die schwierige Kriegssituation berücksichtigt wurde, und dankte den Bürgermeistern für die getane Arbeit.

de.sputniknews.com: Vatikan: Pragmatischer Verbündeter Russlands in der Ukraine
Die Römisch-Katholische Kirche baut allmählich ihre Aktivitäten in Richtung Ukraine aus. Die Russisch-Orthodoxe Kirche ist darüber besorgt, aber im Kreml hält man den Vatikan für eine wichtige Kraft, die die Lage in der Ukraine beeinflussen könnte, schreibt die Online-Zeitung Gazeta.Ru am Dienstag.

„Die Ukraine ist ein wundervolles Land: Hier leben wundervolle Menschen, die sehr arbeitsfreudig sind – aber sie haben Pech mit ihren Präsidenten“, sagte der Erzbischof der katholischen Diözese von Odessa und Simferopol, Bronislaw Bernazki, vor kurzem in einem Rundfunkinterview. „Möglicherweise hängt das mit der postsowjetischen Mentalität zusammen. Die Menschen können nicht anders, denn in ihren Herzen bleiben sie immer noch Kommunisten. Eine neue Zukunft für die Ukraine können wir nur durch unsere Gebete schaffen.“

Bernazki vertritt in der Ukraine die Interessen der Römisch-Katholischen Kirche und kritisiert schon seit mehreren Jahren die Behörden in Kiew.

Der Vatikan agiert in der Ukraine in letzter Zeit wesentlich intensiver als früher. Allerdings leisten sich seine Vertreter nur selten politische Aussagen: Der Heilige Stuhl hält sich nur für einen der mehreren Vermittler im Kontext der aktuellen Prozesse in der Ukraine, insbesondere der Konfliktregelung im Donezbecken.

Ende Januar hatte der Papst Franziskus Kiew besucht. In der Kathedrale der Heiligen Sofia wandte er sich an die Kirchgänger mit dem Aufruf, sich miteinander zu versöhnen.

Wie eine Quelle in der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats die Rede

des Papstes bewertete, hatte er keine politischen Aussagen gemacht und Russland dabei nicht einmal erwähnt. Er sprach vielmehr darüber, wie der Glaube aufrechterhalten und an jüngere Generationen weitergegeben werden könnte, und über die Unterstützung der Menschen, „deren Herzen nicht nur mit Liebe schlagen, sondern auch mit den Sorgen um ihr Land“. Den Konflikt in der Ostukraine erwähnte der Pontifex nicht.

Die religiöse Situation in der Ukraine ist ziemlich angespannt. Es gibt offensichtliche Kontroversen zwischen den griechischen Katholiken (die den Papst anerkennen) und den Orthodoxen. Zudem gibt es einen Konflikt zwischen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats und der nichtanerkannten selbstständigen Kirche des Kiewer Patriarchats. Und schließlich sprach der katholische Erzbischof Metschislaw Mokschiwki aus Lwow im vorigen Jahr über Kontroversen zwischen den griechischen und römischen Katholiken.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche nimmt in diesem Aspekt übrigens eine Position ein, die der Position der Römisch-Katholischen Kirche nahe ist. Die beiden sind über die Aktivitäten der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche beunruhigt. Die Russisch-Orthodoxe Kirche fürchtet, dass die griechischen Katholiken die ukrainischen Orthodoxen verdrängen wollen. Das Thema Ukraine stand auch auf der Tagesordnung der Verhandlungen des Staatssekretärs des Vatikans, Pietro Parolina, mit dem Patriarchen Kyrill und mit dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow. Parolina besuchte Moskau im August 2017.

„Das Thema Ukraine ist sehr wichtig, denn die Griechisch-Katholische Kirche handelt in der Ukraine in Übereinstimmung mit der Römisch-Katholischen Kirche und ist dabei eine der östlichen katholischen Kirchen“, sagte Parolina. „Wir wissen von der Aufmerksamkeit, die der Papst Franziskus dem humanitären Aspekt der Ukraine-Krise schenkt.“

Vertreter des Vatikans wollten sich auch mit Präsident Putin treffen, aber dazu kam es nicht. Zuvor hatte sich der Kreml-Chef zwei Mal mit dem Pontifex getroffen: 2013 und 2015, also noch vor und schon nach dem Ausbruch der Ukraine-Krise.

Bei ihrem zweiten Treffen unterstrich Franziskus trotz der Kritik seitens einiger westlicher Länder, dass Putin ein Führer der orthodoxen Welt sei und dass man seine Autorität keineswegs ignorieren dürfe. Noch früher hatte sich der Papst öfter gegen die westlichen Russland-Sanktionen ausgesprochen.

Und im Februar 2016 fand ein Treffen von Franziskus mit dem Patriarchen Kyrill statt, wobei sich die Seiten auf die weitere Festigung der Kontakte einigten. Allerdings will sich der Vatikan laut Quellen in absehbarer Zeit nicht in die politische Debatte um die griechischen Katholiken und um die Situation im Donezbecken einmischen.

Mil-Inr.info: Bericht des Vertreters der Volksmiliz Oberstleutnant Andrej Marotschko Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden hat der Gegner viermal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von Dolgoje, Slawjanoserbsk, Kalinowo-Borschtschewatoje, Kalinowo und Kalinowka.

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Truppen 120mm- und 82mm-Mörser und Schützenpanzerwaffen verwendet.

Insgesamt wurden 50 Mörser- und Granatgeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

In der Folge eines Beschusses von Slawjanoserbsk durch die Kiewer Truppen mit Schützenpanzerwaffen wurden fünf Häuser in der Donezkaja- und der Perwomajskaja-Straße beschädigt.

Nur nur glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

Die ukrainischen Kämpfer bringen weiter Waffen und Technik an die Kontaktlinie und rüsten neue Feuerpositionen aus. Von Einheiten der Volksmiliz wurde ein provisorischer Stationierungspunkt einer Mörserbatterie aus der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in

Trjochisbjonka entdeckt. Soldaten dieser Einheit beschießen regelmäßig das Territorium unserer Republik.

Außerdem haben wir die Informationen über ungesetzlichen Handel mit Treibstoff und Lebensmittelpaketen durch Soldaten einer Versorgungskompanie der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur Drapatyj ist, bestätigt. Derzeit wird von der Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine dazu eine Ermittlung durchgeführt.

Wir haben bereits mehrfach erklärt, dass das Personal der ukrainischen Streitkräfte moralisch immer weiter degradiert.

Nach uns vorliegenden Informationen betrug die nicht kampfbedingten Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone seit Beginn des Jahres 2018 mindestens 50. Es ist bekannt, dass 20 davon auf Minen gerieten oder versuchten, im Rahmen von Diversions- und Erkundungsgruppen in die graue Zone einzudringen. Mindestens 9 Personen begingen Selbstmord, zehn Soldaten erlitten eine Alkoholvergiftung, acht Soldaten starben bei unvorsichtigem Umgang mit Waffen und Munition auf den Positionen und Übungsplätzen. All dies zeugt davon, dass die Offiziere sich nicht um das Personal kümmern und die Stimmung der Soldaten selbst im Zusammenhang mit dem nicht endenden sinnlosen Bürgerkrieg sinkt.

Im Zusammenhang damit führt das Kommando der „ATO“ zusätzliche Maßnahmen zur Einschränkung und Vorbereitung nicht kampfbedingter Verluste unter dem Personal der Truppenteile und Einheiten sowie Maßnahmen zur Anhebung des moralisch-psychischen Zustands der Truppen durch.

Der Kampfgeist unserer Einheiten ist auf hohem Niveau! Ich unterstreiche, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen genau einhält, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite ist sie bereit, adäquat entsprechend der Lage zu handeln.

de.sputniknews.com: Brandanschlag auf Ungarnhaus in Ukraine: Budapest bestellt Botschafter ein

Der ukrainische Botschafter in Budapest ist wegen eines Anschlags auf das Büro der Union der Ungarn im westukrainischen Uschgorod in Transkarpatien in das ungarische Außenministerium einbestellt worden. Das teilt der Pressedienst der ungarischen Regierung mit.

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó habe mit dem Vorsitzenden der Union der Ungarn László Brenzovics die Lage besprochen.

„Erstaunliche Prozesse laufen in der Ukraine, das extremistische politische Gedankengut verbreitet sich weiter“, sagte Szijjártó.

Das erkenne man laut dem ungarischen Außenminister an den in der Ukraine verabschiedeten Gesetzen, die „die Rechte der Minderheiten wesentlich beschränken und offenbar die Mitglieder der ungarischen Gemeinde in Transkarpatien einschüchtern“.

Das sei unzulässig, so Szijjártó. Wenn die Ukraine den Beitritt zur EU und zur Nato ernsthaft anstrebe, solle sie die Extremisten unter Kontrolle halten.

Zuvor war berichtet worden, dass in Transkarpatien in der Nacht zum 27. Februar um 3 Uhr das Gebäude der Union der Ungarn zum zweiten Mal innerhalb eines Monats in Brand gesetzt worden war.

Nach Medienangaben war es vor dem Brandanschlag zu einer Explosion neben dem Gebäude gekommen, die auf einer Fläche von 25 Quadratmetern alles zerstörte. Verletzte gab es dabei nicht.

[Ukrinform.ua: Brandanschlag in Uschhorod: Außenministerium verurteilt Provokationen gegen nationale Minderheiten](#)

[Das Außenministerium der Ukraine hat einen Brandanschlag auf ein Gebäude des ungarischen](#)

Kulturvereins in der Hauptstadt der Oblast Transkarpatien Uschhorod entschieden verurteilt. „Wir verurteilen eindeutig die Verwendung des Themas der nationalen Minderheiten als Mittel für die Aufstachelung der nationalen Feindseligkeit von außen“, heißt es in der Erklärung des Ministeriums. Die Ukraine würde sich allen Versuchen, die innenpolitische Situation im Land zu destabilisieren, darunter im Bereich der zwischennationalen Beziehungen, stark widersetzen. Die Sicherheitsbehörden hätten die Ermittlungen aufgenommen und würden alles tun, um dieses Verbrechen aufzuklären. Das Ministerium erinnerte daran, dass der vorherige Brandanschlag gegen dieses Kulturzentrum schnell aufgeklärt wurde. Nach Angaben der Ermittler hätten Mitglieder einer radikalen Organisation aus Osteuropa, die von dem russischen Aggressor unterstützt werde, den Brandanschlag verübt. Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin verurteilte auch den Brand und betonte, systematische und ähnliche Handlungen der Provokateure deuten auf eine Spur von außen. Das Büro des Vereins der Ungarn in Uschhorod wurde in der Nacht zum Dienstag in Brand gesetzt. Das Büro war vollständig ausgebrannt. Wahrscheinlich wurde ein Molotow-Cocktail ins Büro geworfen. Anfang des Monats gab es schon einen Versuch, dieses Büro anzuzünden

Dnr-online.ru: Mitarbeiter der Filiale Nr. 1 der Donezker Metallfabrik haben Unterstützung in Form von Lebensmitteln und Kleidung für die Einwohner von Malinowoje, das in der frontnahen Zone südlich von Donezk liegt, gesammelt. Das berichtete die Leiterin des besonderen Stabs zur Übergabe der Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion unter äußere Leitung der Republik Olga Posdnjakowa.

„Die Mitarbeiter der Filiale Nr. 1 der DMF haben Hilfe für die Einwohner von Malinowoje im Leninskij-Bezirk von Donezk gesammelt, 57 Lebensmittelpakete gemäß der Zahl der Familien, individuelle Unterstützung für einen Invaliden und für Kinder. Heute haben wir sie geliefert“, sagte sie.

Nach den Worten Posdnjakowas leisten die Mitarbeiter der Unternehmen unter äußerer Leitung regelmäßig Hilfe für die Einwohner. Gestern haben die Arbeiter der Filiale Nr. 8 „Komsomolsker Grubenverwaltung“ 6,5 Tonnen Kohle, Haushaltschemikalien und warme Kleidung in das Dorf Petrowskoje im Starobeschewskij-Bezirk gebracht.

de.sputniknews.com: Verbannung von Sputnik aus Nachrichtenseiten gefordert
Die RT- und Sputnik-Chefin Margarita Simonjan hat die Initiative einer US-Denkfabrik kommentiert, laut der die Algorithmen für die Sichtbarkeit der Beiträge von Sputnik und RT in den Newsfeeds der Nutzer revidiert werden sollen.

„Nun will man uns auf den Nachrichtenseiten verbieten. Natürlich wegen der Meinungsfreiheit“, sagte Simonjan.

Für die Annahme eines solchen Gesetzes treten die Experten des US-Rates für auswärtige Beziehungen (CFR), Robert D. Blackwill und Philip H. Gordon, ein. Die beiden bekleiden seit langem hohe Posten in den US-Sicherheitsstrukturen. In ihrem gemeinsamen Gastbeitrag für „The Hill“ fordern sie Schritte für einen Widerstand gegen die russische „Propaganda-Waffe“. Demnach solle Washington Gesetze erarbeiten, dank denen von Drittländern bezahlte politische Werbung identifiziert werden könne. Dabei gehe es unter anderem um den Kampf gegen Fake-Accounts und Fehlinformationen.

Das US-Justizministerium hatte im vergangenen November den Fernsehsender RT America und das Partnerunternehmen Reston Translator, das Sputnik-Programme in den USA sendet, als „Auslandsagenten“ registriert. Eine Warnung hat auch das US-Unternehmen Multicultural Radio Broadcasting bekommen, das die Radioprogramme von Sputnik im AM-Radio sendet. Auch RIA Global, das Inhalte für Sputnik produziert, ist als „Auslandsagent“ registriert

worden.

Abends:

de.sputniknews.com: Ukraine: Minister nach verbalem Angriff auf Russland in Ohnmacht gefallen

Der ukrainische Informationsminister Jurij Stez ist während einer Ansprache in Kiew in Ohnmacht gefallen, nachdem er über Russland geschimpft hatte. Das Forum widmet sich Angelegenheiten der Krim und Sewastopols, die sich 2014 mit Russland wiedervereinigt hatten.

Vor seinem Auftritt versprach Stez, höchst „offen und aufrichtig“ und möglichst wenig „diplomatisch“ zu sein. Danach wandte er sich an die Europaabgeordnete Rebecca Harms und an die US-Botschafterin in der Ukraine Marie Yovanovitch.

„Sie sagten, die Krim gehöre der Ukraine, und Russland sei ein Besatzer“, sagte Stez und begann dabei, nach Luft zu schnappen.

Danach fiel er hin, ohne die Kulissen zu erreichen. Die Moderatorin bat um Verzeihung wegen der peinlichen Situation.

„Wir bitten um Entschuldigung. Der Minister ist krank. Für uns ist das ganz normal. Wir bitten um Ihr Verständnis“, sagte sie.

Der russische Politologe Dmitrij Jurjew behauptet, obwohl die Moderatorin die Anwesenden um Verständnis gebeten habe, hätten die westlichen Politiker kaum die Gefährlichkeit des Geschehenen verstehen können.

In der amerikanischen Geschichte gibt es die Episode, dass sich ein Minister mit dem Schrei „Die Russen kommen“ aus dem Fenster stürzte, sagte Jurjew gegenüber Sputnik.

Der Ausdruck „Die Russen kommen“ wird dem US-Verteidigungsminister James Vincent Forrestal zugeschrieben. Dieser soll kurz vor seinem Selbstmord im Jahre 1949 mit diesem Aufschrei aus dem Fenster einer Klinik in Washington gesprungen sein, wo er wegen eines Nervenzusammenbruchs behandelt wurde...

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/cSOpkRLhez8" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/cSOpkRLhez8>